

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: SPD BREMERHAVEN

SOZIALDEMOKRATISCHE SCHWERPUNKTE AUCH IN SCHWIERIGEN ZEITEN

Senat beschließt Haushaltseckwerte für 2014/2015 *Von Bürgermeister Jens Böhrnsen*

Der Konsolidierungskurs wird eingehalten. Bremen wird sein strukturelles Defizit weiter senken, die Vorgaben der Schuldenbremse erfüllen und so weiter die Konsolidierungshilfen erhalten. Dieser Kurs ist anstrengend aber notwendig, damit es auch künftig noch politischen Gestaltungsspielraum gibt – Für die Kinder und Jugendlichen werden die Startchancen durch den Schwerpunkt im Bereich Krippen, Kindergärten und Schule verbessert. Genauso wichtig für diese Generation ist es, dass Bremen auch künftig Mittel zur politischen Gestaltung hat.

Für starke Wirtschaft und Arbeitsplätze

Für Investitionen stehen 422 Millionen Euro in 2014 und 418 Millionen in 2015 bereit. Wir sind ein starker Wirtschaftsstandort und werden es auch bleiben. Wir brauchen eine prosperierende Wirtschaft als Garant für Arbeitsplätze und Steuer-

einnahmen. Zentrales Zukunftsprojekt ist der Bau des Offshore Terminals in Bremerhaven für insgesamt 180 Millionen Euro. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Monaten für viele Irritationen gesorgt. Der Senat steht klar zu seiner offensiven Förderung der Windenergiebranche. Offshore ist ein zentraler Bestandteil der Energiewende. Darauf setzen wir – in Erwartung neuer Arbeitsplätze.

Der Etat für Krankenhausinvestitionen (für private und kommunale Kliniken) soll um 10 Millionen Euro auf insgesamt 36,5 Millionen Euro jährlich erhöht werden. Damit liegen wir im Ländervergleich im oberen Drittel. Ein Kraftakt für Bremen. Im Juni diesen Jahres wird über weitere Hilfen für die kommunalen Kliniken entschieden, wenn ein detaillierter Zukunftsplan vorliegt.

Für die Sanierung öffentlicher Gebäude stehen jährlich 30 Millionen Euro zur Verfügung. Als Einstieg für die Sanierungsmaßnahmen an den Hochschulen

stellt der Senat zusätzlich 3 Millionen Euro in 2014 und 6 Millionen Euro in 2015 zur Verfügung. Im Rahmen des Neubaus des NW2-Gebäudes wird ein modernes Labor finanziert.

„Schippe drauf“ bei Bildung

Kinder sind unsere Zukunft – deshalb setzt der Senat auch künftig einen Schwerpunkt im Bereich Bildung und Kinderbetreuungsangebote. Wir müssen für ein leistungsstarkes und sozial durchlässiges Bildungssystem sorgen. Nicht alles Wünschenswerte ist finanzierbar, aber das Notwendige wird gemacht. Deshalb wird der Bildungshaushalt um 7,5 Millionen Euro jährlich aufgestockt. 196 Lehrkräfte sollen künftig zusätzlich für den Unterricht zur Verfügung stehen. 161 werden zusätzlich finanziert und werden die Rahmenbedingungen für die Grundversorgung an den Schulen und die Inklusion verbessern. Davon stehen

Fortsetzung auf Seite 2

150 Jahre BREMEN SPD

150 Jahre SPD: Das wird in Bremerhaven richtig gefeiert. Zum Auftakt der geplanten Aktivitäten trafen sich Anfang April über 100 Genossinnen und Genossen zu einer gemeinsamen Fotoaktion. Das Bild wird nun auch in der Bremerhavener Festschrift zum Jubiläum veröffentlicht. Im Mittelpunkt der Feierlichkeiten in Bremerhaven steht das zweitägige große Bürgerfest der Bremerhavener SPD im Schaufenster Fischereihafen. Die Bürgerparty startet am Freitag, 24. Mai 2013, um 18:00 Uhr mit Live-Musik. Am Samstag, 25. Mai 2013, lädt die SPD Bremerhaven ab 12:00 Uhr Groß und Klein zum Familien- und Kulturfest ins Schaufenster Fischereihafen.

150 Jahre BREMEN SPD

Bremer SPD von 1945 bis heute

Die SPD wird 150 Jahre alt – Am 23. Mai 1863 begann in Leipzig mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) durch Ferdinand Lassalle die Geschichte der SPD. In Bremen wurde der ADAV ein knappes Jahr später, am 6. April 1864, durch den Tischler Gustav Deckwitz gegründet. Die Bremer SPD hat sich vorgenommen, nicht nur an ihre bewegte Geschichte zu erinnern, sondern auch deutlich zu machen, dass unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit nicht an Aktualität verloren haben. Dies tun wir unter anderem mit unserer Veranstaltungsreihe „Der historische Abend – 150 Jahre Sozialdemokratie in Bremen“. In der nächsten Veranstaltung am 8. Mai 2013, dem Tag der Befreiung, an dem 1945 der Zweite Weltkrieg in Europa sein Ende fand, werden wir den Blick auf die Geschichte Bremens in der Nachkriegszeit richten. Seit den ersten freien Bürgerschaftswahlen vom 13. Oktober 1946 war es stets die SPD, die den Bürgermeister im historischen Rathaus stellte. Die Besetzung unserer Gesprächsrunde könnte daher geeigneter nicht sein, um den Weg zu beschreiben, den die Bremer SPD von 1945 bis heute beschritten hat: Der amtierende Bürgermeister Jens Böhrnsen und seine drei Vorgänger im Bürgermeisteramt, Henning Scherf, Klaus Wedemeier und Hans Koschnick werden uns dabei an ihrer reichhaltigen politischen und historischen Erfahrung teilhaben lassen.

MITTWOCH, 8. MAI, 18:00 UHR
Treffpunkt KWADRAT,
Wilhelm Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen

Fortsetzung von Seite 1

39,5 Stellen Bremerhaven zur Verfügung. Circa 35 weitere Stellen werden durch interne Umschichtungen zu mehr Lehrkräften in Klassenzimmern führen, z. B. durch Abbau von Freistellungen und Neueinstellungen nach Pensionierungen von Dauerkranken.

Auch bei der Kindertagesbetreuung setzen wir weiter auf Ausbau und Qualitätsverbesserung. Insgesamt sind zusätzlich 3 Millionen Euro in 2014 und 5 Millionen Euro in 2015 eingeplant. Welcher Kraftakt sich hinter diesen Zahlen verbirgt, verdeutlicht ein Vergleich: Bremen hatte 2007 rund 85 Millionen Euro für die Kinderbetreuung ausgegeben – Im Jahr 2015 werden es 151 Millionen sein.

MITMACHEN!

Aktive für die Wahlkreisteam gesucht.

Niedersachsen hat es wieder gezeigt: Wir als SPD gewinnen Stimmen mit einem Wahlkampf vor Ort. Deshalb gilt auch für die Bundestagswahl das Motto „nah ran an die Menschen“. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger in den Quartieren ansprechen und mit ihnen ins Gespräch kommen. Über Hausbesuche, gezielte kleine Veranstaltungen und Infostände überall dort, wo die Menschen sich treffen oder einkaufen gehen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf unseren Hochburgen, vor allem dort, wo die Wahlbeteiligung in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist. Viele Nichtwähler hatten vorher der SPD ihre Stimme gegeben. Und die wollen wir zurückholen, Stephan Weil hat es in Niedersachsen vorgemacht. Auch die Oberbürgermeisterwahlen in Frankfurt, Karlsruhe und zuletzt der sensationelle Erfolg in Wiesbaden zeigen, dass wir als SPD die richtige Strategie haben.

Dabei setzen wir in diesem Wahlkampf insbesondere auf Von-Tür-zu-Tür-Aktionen. Das ist unser zentrales Wahlkampfinstrument von unten – mit vielen Aktiven und Kontakten.

Für diesen intensiven Wahlkampf vor Ort brauchen wir das Engagement unserer Mitglieder und Unterstützer. Dabei geht es insbesondere um unsere Mitglieder in Bremen und Bremerhaven: Wir brauchen Euch. In enger Kooperation mit unseren Ortsvereinen wollen wir möglichst viele Genossinnen und Genossen für Aufgaben gewinnen, die sich jede und jeder Einzelne zutraut. Wichtig sind Hausbesuche und Nachbarschaftsfeste in der heißen Wahlkampfphase.

Staffelung bei Beamtenbesoldung

Der Senat plant den Tarifabschluss für Angestellte gestaffelt auf Beamte zu übertragen. Für Beamte bis einschließlich der Besoldungsgruppe A 10 wird die für Angestellte vereinbarte Lösung vollständig übernommen, zeitlich jedoch um ein halbes Jahr verschoben. Für die Besoldungsgruppen A 11 und A12 gibt es jeweils zum 1. Juli des Jahres ein Prozent mehr. Für höhere Besoldungsgruppen gibt es keine Tarifierhöhung. Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht. Mit Blick auf das größte Bundesland NRW und im Interesse der unteren Lohngruppen haben wir ein solches Modell gewählt.



FOTO: FOTOLIA © FRANKOPPERMANN

Nah ran an die Menschen – Der Tür zu Tür Wahlkampf steht im Mittelpunkt der Kampagne!

Niedersachsen hat auch gezeigt, dass sich immer mehr Wählerinnen und Wähler erst kurzfristig entscheiden. Die letzten Wochen zählen und auf diesen Zeitraum sollten wir unsere Kräfte ausrichten. Wenn möglichst viele von Euch mit uns in die Quartiere gehen und das Gespräch mit den Menschen suchen, schaffen wir den Regierungswechsel zu Rot-Grün. Wer mitmachen möchte, kann sich gerne direkt in unseren Wahlkreisbüros melden.

Bei Gisela Waltemathe für Carsten Sieling
Tel.: 0421/3 50 18-25
E-Mail: carsten.sieling@wk.bundestag.de

Bei Jürgen Pohlmann für Uwe Beckmeyer
Tel.: 0421/3 50 18-29
E-Mail: uwe.beckmeyer@wk.bundestag.de

Einnahmen erhöhen

Die Möglichkeiten, unsere Einnahmen zu steigern, werden wir konsequent nutzen. Dabei sind wir mit Augenmaß vorgegangen. Was ist zumutbar? Wie sieht ein fairer Beitrag zu den Kosten aus? Was ist anderswo üblich? Neben der Gewerbesteuererhöhung zum 1. Januar 2014 soll auch die Grunderwerbssteuer erhöht werden: Von 4,5 Prozent auf 5 Prozent, um Mehreinnahmen von rund 8 Millionen Euro in 2014 und rund 9 Millionen Euro in 2015 zu erzielen. Aber klar ist auch: Wir brauchen eine gerechte Steuerpolitik auf Bundesebene. Dort spielt die eigentliche Musik. Und deshalb setzten wir bei der Bundestagswahl auf Sieg. ■

TERMINE:

LANDESPARTEITAG

Mit Manuela Schwesig, stellvertretende Vorsitzende der SPD und Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg-Vorpommern

SAMSTAG,
27. APRIL 2013
10:00 UHR

BLG Forum, Am Speicher XI
28217 Bremen

bremerFORUM

POLITIK & GESELLSCHAFT

„KEIN KIND ZURÜCKLASSEN!“

Mit Hannelore Kraft, stellvertretende Vorsitzende der SPD und Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen und Bürgermeister Jens Böhrnsen, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

FREITAG
3. MAI 2013
19:00 UHR

Treffpunkt KWADRAT
Wilhelm-Kaisen-Brücke 4,
28199 Bremen

Um Anmeldung wird gebeten

Internet:
www.spd-land-bremen.de/termine.html

E-Mail: info-bremen@spd.de

Telefon: 04 21/3 50 18-0



FOTO: PATRICE KUNTE/CHRISTIAN BEHRENS

Jens Böhrnsen, seit November 2005 Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Berufsqualifikation von Langzeitarbeitslosen

Psychologische und gesundheitliche Probleme, soziale Isolation, familiäre Konflikte, Schuldgefühle und Verarmung. Die Liste der potentiellen Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit ist lang und ließe sich um ein Vielfaches fortführen. Umso bedauerlicher ist es, dass Langzeitarbeitslose nicht von der positiven Entwicklung des Arbeitsmarkts in Bremen profitieren. Ein Grund dafür ist oftmals eine unzureichende berufliche Qualifikation: In Bremen haben fast 70% der Arbeitslosengeld II-Empfänger keine verwertbare Berufsausbildung, weit mehr als der Bundesdurchschnitt. „Wir werden es nicht hinnehmen, dass diesen Menschen weiterhin der Anschluss an den Arbeitsmarkt verwehrt bleibt. Die berufliche Qualifikation von Langzeitarbeitslosen ohne Berufsausbildung muss deshalb zu einem Schwerpunkt der Landesarbeitsmarktpolitik gemacht werden“, fordert Dieter Reinken, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. So soll auf Initiative der SPD jetzt in der Arbeitsmarktförderung ein stärkeres Gewicht auf die abschlussorientierte Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen gelegt werden. Dabei soll zudem geprüft werden, ob finanzielle Anreize für Langzeitarbeitslose geschaffen werden können, die derartige Qualifizierungsmaßnahmen erfolgreich abschließen.

Kostenfallen im mobilen Internet bekämpfen

Einige unseriöse Firmen haben eine neue Methode entdeckt, die Nutzer von sog. Smartphones mittels zweifelhafter Praktiken Geldbeträge zusammen mit ihrer Mobilfunkrechnung abzubuchen. Sie reservieren in den heutzutage viel genutzten Apps Flächen für Reklame-Banner. Tippt der Anwender darauf, öffnet sich eine WAP-Seite, die die App nun überlagert. Sie ist von einer normalen Internetseite meist nicht zu unterscheiden. Die Kunden bekommen von alledem nichts mit und erfahren erst beim Eintreffen ihrer Mobilfunkrechnung von vermeintlich abgeschlossenen Abonnements oder sonstigen Leistungen ohne erkennbaren Wert. Wer dann einen vom Mobilfunk-Anbieter eingezogenen Betrag zurückbuchen lässt, läuft Gefahr, seinen Anschluss gesperrt zu bekommen. „Wir fordern den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine gesetzliche Regelung einzusetzen, die die Kundenschutzrechte, die ansonsten Standard bei Mobilfunkverträgen sind, auch für den Betrieb von Smartphones sichert“, so die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sarah Ryglewski. Der Senat soll ferner gebeten werden, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass dieser als Anteilseigner bei der Telekom darauf hinwirkt, dass diese sich aus solchen fragwürdigen Geschäftsmodellen zurückzieht.



Integration von Neu-EU-Bürgerinnen und Bürgern

Ab Januar 2014 wird das europäische Freizügigkeitsrecht auch EU-Bürgern aus Rumänien und Bulgarien zustehen. Dies war und ist von der EU so gewollt und vereinbart worden. Deutlich ist auch, dass es in Europa aufgrund der wirtschaftlichen Lage verstärkt „Wanderbewegungen“ von Arbeitnehmern gibt. „Und es ist leider auch eine Tatsache, dass es EU-Staaten gibt, in denen Minderheiten ausgegrenzt und diskriminiert werden, wie z.B. die Roma in Rumänien und Bulgarien“, so der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal. Dies führt dazu, dass Roma verstärkt Lebensperspektiven in anderen Ländern suchen. Auch in Bremen steigt derzeit die Zahl der Roma aus Rumänien und Bulgarien. Der für sie verschlossene Arbeitsmarkt und das für sie verschlossene Sozialsystem führen aber dazu, dass sie auch hier unter sehr schlechten Lebensbedingungen leiden. „Um mit der Situation angemessen umgehen zu können und um all die Probleme zu bewältigen, die mit dem Zugang der Neu-EU-Bürger auftreten können, schlagen wir eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe vor, die entsprechende Lösungen entwickelt. Dabei geht es um arbeits- und bildungspolitische Fragestellungen, um Fragen der Unterbringungs-/Wohnsituation, und der Krankenversicherung“, so Senkal.

DIE „GROSSE“ UND DIE „KLEINE“ KULTUR IM URBANEN RAUM

Kulturpolitik im Netzwerk von Bund, Ländern und Kommunen

Von Staatsrätin Carmen Emigholz

Die Förderung von Kunst und Kultur auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten verlässlich gestalten – das ist das Anliegen der Initiative „Netzwerk Kulturförderung“, die Hamburg und Bremen in den politischen Diskurs eingebracht haben.

Für uns Sozialdemokraten ist Kultur ein herkunftsunabhängiges Bürgerrecht.

ben sich allerdings eine Reihe von Abgrenzungs- und Kompetenzproblemen, die es zu regeln gilt. Bekanntlich haben die Städte und Kommunen seit Jahren mit immer schwieriger werdenden Finanzlagen zu kämpfen. Dies führt im Feld der so genannten freiwilligen Leistungen teilweise zu dramatischen Einbrüchen. Länder, Städte und Gemein-

Die Unterstützung von innovativen Projekten durch den Bund sollte bedingungslos, also ohne Komplementärfinanzierung durch die Länder, möglich sein. Darüber hinaus bedarf es eines verstärkten Engagements des Bundes bei der Finanzierung der freien Kulturszene. Dabei böte es sich an, die Modellprojekte der Bundeskulturstiftung offener zu



Orte der „großen“ und der „kleinen“ Kultur in Bremen: Schwankhalle in der Bremer Neustadt, Theater am Goetheplatz, Kommunales Kino City 46 mit dem Improtheater und die Kunsthalle (v. o. l. im Uhrzeigersinn)

Dies bedeutet, dass wir unabhängig vom sozialen Hintergrund Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen wollen. Dies ist gerade in Zeiten großer gesellschaftlicher Herausforderungen wie demographischem Wandel, Integration und der Absicherung kultureller Bildung wichtiger denn je.

Die Beschäftigung mit Kunst und Kultur prägt nicht nur Werte, sondern stärkt Kreativität und fördert die Auseinandersetzungsbereitschaft von Menschen – Fähigkeiten, die dem lebenslangen Lernen zugeschrieben werden. Eben diese sind sehr schwer in Förderkategorien zu fassen.

Das Grundgesetz schreibt fest, dass die Kulturhoheit bei den Ländern liegt. In der Praxis der Kulturförderung erge-

den müssen daher in die Lage versetzt werden, ihre kulturelle Infrastruktur nicht nur zu erhalten, sondern modernen Erfordernissen anzupassen, denn künstlerische und kulturelle Vielfalt werden von den Menschen als ein wesentliches Merkmal ihrer Lebensqualität begriffen.

Wir fordern daher eine abgestimmte Konzeption der Kulturförderung von Bund, Ländern und Kommunen, um so einen zielgerichteten Mitteleinsatz zu ermöglichen. Dem steht bislang das Kooperationsverbot entgegen. Dieses untersagt ein finanzielles Engagement des Bundes in Feldern, in denen die Länder allein zuständig sind und muss zugunsten einer gemeinsamen konzeptionellen Kulturförderung aufgehoben werden.

gestalten. Bisher profitieren vielfach ohnehin schon finanziell gut ausgestattete Bereiche.

Hier geht es darum, Förderprogrammatiken abzustimmen, den Denkmalschutz Kriterien zu unterwerfen, mögliche Folgekosten mitzubedenken und kritisch zu hinterfragen, ob die Repräsentanzkultur die Entwicklung der freien Künste wirtschaftlich verdrängen darf.

Wir haben mit unserer Initiative diese Diskussion begonnen und viel Unterstützung dafür erhalten. In Bremen arbeiten wir mit dem Ziel, weiter verlässlicher Partner für die Kulturszene zu sein und den hier lebenden Menschen ein attraktives Kulturleben zu bieten. ■

ZUR PERSON:



FOTO: SENATORISCHE BEHÖRDE FÜR KULTUR

Carmen Emigholz (51) ist seit 2007 Staatsrätin für Kultur der Freien Hansestadt Bremen, zuvor war Sie von 1995 bis 2007 Abgeordnete in der Bremischen Bürgerschaft. Sie ist studierte Rechts- und Politikwissenschaftlerin und seit 1985 in der SPD. Von 2004 bis 2008 war sie Vorsitzende des SPD-Unterbezirkes Bremen-Stadt und zuvor viele Jahre lang in der Kommunalpolitik aktiv.

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39–43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:

Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Djubin Pejouhandeh,
Kevin Lenkeit.
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.
Seite 3: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
André Städler (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen